

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin Nummer 65232. Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis je Monat 1.— Mark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Redaktionschluss Montag früh. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werbe“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 48.

NUMMER 3

BERLIN DEN 21. JANUAR 1933

46. JAHRGANG

Politisches Karussell...

Wir sagten schon immer, Papen und Hitler seien in ihrer politischen Zielsetzung die gleiche Nummer. Allerdings schwärmt der eine für das „Heilige“, der andere für das „Dritte“ Reich. Demnach wäre die Firmierung voneinander etwas abweichend, doch das ändert nichts an der gemeinsamen Auffassung, daß beide „Reiche“ im Auf- und Ausbau einander gleichen sollen, das heißt, das Volk soll wie in früheren Zeiten Hurra-Canaille spielen und im übrigen „nix zu seggen“ haben, während die gesamte Staatsgewalt und Gesetz-macherei vom Interessentenklüngel der besitzenden Klassen und von der Generalität beherrscht wird. Ein unwesentlicher Unterschied in der Zielsetzung beider wäre höchstens darin zu erblicken, daß Papen in einem solchen Staatswesen ein angestammtes gekröntes Haupt an der Spitze sehen möchte, während sich der einstige Gefreite selbst als die „allerhöchste“ Stelle im „Dritten Reich“ proklamieren möchte...

Sehr gesinnungsverwandt mit Papen und Hitler ist Schleicher. Auch Schleicher ist für das alte Reich. Nur scheint ihm schnuppe zu sein, wie die Krönung dieses Staatsgebäudes aussehen soll. Einem Soldaten ist es schließlich egal, ob er unter einem Monarchen oder einem Reichspräsidenten seine Lorbeeren einsammelt. Zudem ist Schleicher weit schlauer als Papen. Ihm fehlt die polternde Art dieses Herrenreiters, der in Nullkommafünf im Staatsgefuge das Unterste nach oben kehren wollte und dies immer wieder durch von Macht- und Selbstbewußtsein strotzende Rundfunkreden nach allen Richtungen der Windrose herausfordernd austrummelte. Im Gegensatz hierzu versteht es Schleicher meisterhaft, sich recht einfach und burschikos zu geben. Das verfährt bei naiven Gemütern. Sie sehen vor sich den biederen General, der es, ach, so gut meint und allen wohl will; den Pferdefuß, der hinter versteckten Büschen leichtbeschutt einherwandelt, sehen sie nicht.

Der Kanzler-General will allen etwas geben. Allerdings möchte er in erster Linie es nicht mit der Schwerindustrie und dem Landjunkertum verderben. In dieser Richtung wandelt er getreulich auf dem von Papen im sumpfigen Gelände der deutschen Wirtschaft zurechtgetrampelten schmalen und glitschigen Fußpfad. Aber er will außerdem noch etwas gegen die Not der hungernden Massen tun. So wirft er 500 Millionen Mark, die ursprünglich dem Unternehmertum als Einstellungsprämien zugehört waren, aber kraft des Unvermögens der kapitalistischen „Wirtschaftsführer“ nicht ausgeschöpft werden können und nun ungenutzt im Reichstresor hungern, für Arbeitsbeschaffung aus. Gewiß, 500 Millionen sind verflucht wenig, sind nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal auch von dieser geringen Summe den Unternehmern völlig unverdient bei der Arbeitsbeschaffung durch das Reich als besondere Liebesgabe Prämien zufließen sollten. Das alles ist also sehr faul und wackelig, aber genügsame Seelen empfinden, daß immerhin „etwas“ geschehen soll...

Auch will Schleicher nichts mehr wissen — wir hörten die Botschaft und harren ihrer Erfüllung — vom Lohnabbau. Er hat begriffen — und das ist für einen General viel — daß nach ehernen Wirtschaftsgesetzen durch jeden Lohnabbau die ohnehin maßlos geschwächte Kaufkraft der Massen immer mehr eingengt und damit die Arbeitslosigkeit immer mehr verschärft wird. Schleicher hält ferner zurzeit die Diskussion über Verfassungsfragen für einen überflüssigen Luxus; das Volk wolle von solchen Experimenten nichts wissen, es wolle vor allem in den Bauch etwas zu essen haben. So haben wir es wenigstens gehört. Ob diesen Zusicherungen entsprechende Taten folgen, bleibt abzuwarten. Vorläufig setzen wir hinter all diese Auslassungen ein halbes Dutzend Fragezeichen...

Doch darüber wollten wir heute eigentlich nicht schreiben. Näher liegt uns das Rendezvous, das Hitler kürzlich mit Papen in der vornehmen Villa des Bankfürsten von Schröder in Köln hatte. Wie bieft es doch gleich vor der letzten Reichstagswahl? Da war

Papen für alle Nazis der Ausbund jeglichen Uebels, der leibhaftige Gottseibeins. Und seine Ministerkollegen kamen nicht besser weg. Der Pg. Goebbels nannte sie wutentbrannt die „feinen Leute“, die über den breiten Rücken der „aufbauwilligen“ Nazihelden in die Amtlichkeit — lies: an die Futterkrippen — geklettert seien. Jedoch der nazistische Banfluch wurde vor allem auf Papen geschleudert. Hören wir darüber nur eine Stimme, die des prominenten Nazihauptlings Heinrich Vetter, von Hitlers Gnaden wohlbestalltes Mitglied des Deutschen Reichstages. In einem Flugblatt dozierte er vor der Wahl folgendermaßen: „Papen; das heißt deutschnationale Reaktion. Deutschnationale Reaktion heißt: Entrechtung, Dreiklassenwahlrecht, Fronddienst, Klassenkampf, Unfähigkeit, Vernichtung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Bolschewismus!“

So kennzeichnete man damals in vollkommen richtiger Weise Papen. Aber es war nur ein klirrendes Scheingefecht mit stumpfen Rapieren, ein ganz gewöhnlicher Zank um die diversen Futterkrippen, Sand in die Augen der Hitler-Gefolgschaft. Acht Wochen später trifft sich der „Führer“ mit dem „feinen Mann“ bei „feinen Leuten“. Eifrig wird getedtelmedelt. Der Kanzler-General erscheint manchen Herren der Schwerindustrie nicht reaktionär genug. So hat er wegen der Arbeitsbeschaffungsfrage auch mit Gewerkschaftsführern verhandelt. Ferner hat er den September-Verordnungen allerlei böse Schwänze abgehakt und außerdem erzählt, mit dem weiteren Lohndruck müsse Schluß gemacht werden. So etwas paßt nicht in den eigensüchtigen Kram der Hochfinanz und der Schwerindustrie. Da ist den Vögler und Springorum denn doch Papen der Zuverlässigere. Und nun gilt es eine Brücke zu schlagen von dem Vertrauensmann der Bankfinanz, der Schwerindustrie und des Großagrariertums, Herrn von Papen, zu dem allzeit willigen Agenten der Schwerindustrie Hitler. Man erhofft aus allerlei Schiebungen und Intrigen die restlose Stabilisierung der unbeschränkten Herrschaft der genannten Kreise. Zwar waren die Verhandlungen „intim“ und jedenfalls im Rauchsalon des Bankfürsten Schröder — nichts Genaueres weiß man nicht —, aber die von uns gezogenen Schlüsse liegen auf der Hand. Allerdings sind die braven SA-Männer baß erstaunt über diese plötzliche Wendung der Dinge. Auch den Naziblättern blieb für einige Tage die Spucke weg. Jedoch folgerichtiges politisches Denken steht bei den Nazimännern nicht im Kalender, folglich finden sie sich auch mit solchen Dingen ab.

Lohndruck und anderes aus Liebe zu den Agrariern

Die Großagrariere, seit hundert und mehr Jahren geübt im Schreien über „Not in der Landwirtschaft“, in den letzten Jahren auch große „Heil-Hitler“-Schreier, waren kürzlich wieder klagend bei der Regierung, nachdem sie sich vorher heimlich, still und leise anklagend über diese geäußert hatten. Vorher schrieben sie nämlich mit der Mistgabel eine Resolution, in der behauptet wurde, „daß die Verelendung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen habe und daß die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der internationalen Exportindustrie und ihrer Trabanten andauert.“ Von dieser „Entschlebung“ sagten sie aber der Reichsregierung kein Wort. Erst einige Stunden später, nachdem die Agrarier die Regierungstür von draußen zugemacht hatten, übergab der Landbund seine Stillebung der Presse. Reichspräsident und Regierung wurden von ihr so stark verschupft, daß sie wegen der „demagogischen Form und der sachlich unbegründeten Angriffe der Entschlebung“ die Beziehungen zum Reichslandbund abbrachen.

Daß die Reichsregierung die Vorwürfe als ungegründet und demagogisch empfand, ist ihr nachzufühlen, zumal sie für die Großagrariere das möglichste an Gutem getan hat. Ihnen zuliebe setzt sich die Re-

Das Ganze ist zwar politisches Karussell, aber so etwas gehört eben zur Naziherrlichkeit. Ein braves Nazigemüt findet auch darin nichts besonderes, wenn seine „Führer“ in erstklassigen Hotels pokulieren und in vornehmen Herrenschlössern mit ausgesprochenen Arbeiterfeinden tедtelmedelt, während der einfache Nazimann mit der Bleibbüchse bettelnd die Straßencken bevölkert. Und wenn dann Hitler aus dem Schlosse des Grafen Metternich im Lipper Ländchen — er residiert mit Vorliebe in Häusern der „feinen Leute“ — seinen aufstauenden „Edelmenschen“ die geradezu überwältigende Weisheit spendiert, auch die Schwerindustrie sei ein Teil der deutschen Wirtschaft, den man nicht hinwegzaubern könne, so ist die Sache für jeden waschedten Pg. vollkommen in Ordnung. Rechts schwenkt marsch!

Nun gibt es allerdings auch Nazileute, die durch Not und Demagogie ins Hitler-Lager geschauvelt wurden, jedoch geistig noch nicht gänzlich ver-nagelt sind. Und für die bleibt übrig ein Rest, zu tragen peinlich. Sie werden sich ihre armen Schädel darüber zerbrechen, wie ein Mann, der sich „Führer“ einer sozialistischen Arbeiterpartei nennt und von ihnen bisher als „übermenschliche Gottheit“ angestaut und angehimelt wurde, sich zu einem Tedtelmedelt hergeben kann mit einem Urreaktionär wie dem „feinen“ Papen, wobei im Hintergrunde als Drahtzieher die Industriemagnaten Vögler und Springorum fungieren. Da hält es schwer, immer noch an die „völkerbefreiende“ Sendung Hitlers zu glauben. Für jeden denkenden Menschen entpuppt sich nämlich Hitler durch dieses Rendezvous noch ärger denn vorher als der phrasendreschende verkappte Handlager und rührige Agent reaktionärster Interessentenklügel. Auf den Schultern der Nazis ist Papen und mit ihm der reaktionär-bürokratische Klüngel schon einmal in die Amtlichkeit geklettert. Wußgeschwollen hat dies der prominente Pg. Goebbels seinerzeit schwarz auf weiß versichert und dabei wie ein hungriger Rohrspatz geschimpft. Jetzt sind dieselben Zeitgenossen am Werke, um Papen wiederum zur „Amtlichkeit“ zu verhelfen. Aber waschedten Nazimännern kann man solchen politischen Kuddelmuddel vorsetzen. Hört ist bei ihnen das wenigste. Der echte Nazimann bleibt der „rauhe Kämpfer“, bleibt das „aufbauwillige Element“ und übt sich folgerichtig weiter im Werfen von Stinkbomben, in Sprengstoffattentaten, in Messerstechereien, in Mord und Totschlag. Und dies alles im Rechts- und Ordnungsstaat Deutschland!

gierung ein für den Butterbeimischungszwang bei Margarine. Und schon sind wieder neue Subventionen und Liebesgaben in Aussicht gestellt. Die Regierung will alles tun, „was im Interesse der Landwirtschaft liegt“. Sie will von der autonomen Berechtigung für Zölle unter allen Umständen Gebrauch machen in dem Maße, „wie es den Notwendigkeiten der Landwirtschaft entspricht.“ Sie hat auch nicht die Absicht — trotz der aus weitesten Schichten der Bevölkerung erhobenen Einsprüche — auf die Inanspruchnahme für die Ermächtigung für den Butterbeimischungszwang von Margarine zu verzichten, „trotzdem auch sie von dieser Maßnahme keineswegs eine vollkommene Hilfe für die Landwirtschaft erwartet.“ Sie will auch den Kontingentierungswünschen der Agrarier entgegenkommen. Deshalb erscheint der Regierung die Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Margarineerzeugung wünschenswert, weil sonst auch andere inländische Fette, wie Schmalz und Speck, nicht mehr von dem Konsum aufgenommen werden könnten und „dadurch die Lage der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtert würde“. Ferner wird durch Verordnung der Vollstreckungsschutz weiter ausgedehnt. Also weiterer Schutz vor Gläubigern! Trotz dieser Zugeständnisse immer noch großes Geschrei! Trotz Landbund will die Regierung die bisher betriebene Agrarierpolitik nicht Agrarpolitik! — auf Kosten des Volkes fortgesetzt wird.

Die Interessentenhäufen in den agrarischen und industriellen Lagern finden sich immer wieder zusammen. Auch diesmal! Zwar fühlt sich auch die Industrie von den dicken Tönen der Junker getroffen. Aber das ist nicht tragisch zu nehmen. Namhafte Industrielle unternehmen sofort wieder Abfederungsversuche bei den Agrariern. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, als Sprachrohr der Schwerindustrie, redete den wildgewordenen Agrariern zu, die Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht in die Brüche gehen zu lassen. „Das industrielle Kosten- und Preisproblem sei noch einmal zu überprüfen, wobei sich vielleicht die Notwendigkeit ergäbe, bei gleichzeitiger Steigerung der Gesamtlohnsumme den Stundenlohn noch einmal zu verbilligen.“ Da haben wir wieder diese verrückte Anti-Kaufkraft-Politik, die da meint, wenn man den einzelnen Arbeitern und ihren Familien die Einkommen schmälert, „die Gesamtlohnsumme steigern zu können“, um die Kaufkraft zu stärken. — Ein anderer von den in reaktionären Sinne „Weitsichtigen“ hat bereits vorher die nächsten Ziele aufgezeigt.

Wir haben bereits in Nr. 1 des „Grundstein“ über die Pläne des Arbeitsbeschaffungskommissars Dr. Gereke berichtet. Diese Pläne sind inzwischen „Richtlinien zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung“ geworden. Gegen den Gereke-Plan wenden sich die reaktionären Scharfmacher aller Kreise. Sie bezeichnen ihn als einen Irr- und Umweg. Das bringt am deutlichsten zum Ausdruck der Kall-Industrie August Rosterg, der in Nr. 6 der „Bergwerks-Zeitung“ unter scharfer Kritik den Gereke-Plan ablehnt. Seiner Meinung nach ist eine dauernde Besserung der Wirtschaft nur möglich, wenn der Gereke-Plan abgelehnt und die dadurch ersparte Summe der gesamten Wirtschaft in Form von Steuerermäßigungen zugeführt wird. Da haben wir es! Immer wieder fordern die Industriellen Subventionen, trotzdem bei ihrer Paradedagung kürzlich Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach öffentlich erklärte, die Wirtschaft dürfe sich keiner Subventionen bedienen, sie müsse auch tatsächlich eine freie Wirtschaft sein. Von solchen und ähnlichen Erklärungen haben wir nie etwas gehalten. Regelmäßig nach solchen Tagungen fordern Großindustrie und Wirtschaftsverbände Unterstützungen subventionellen Charakters. Rosterg sind die bisherigen Lohnsenkungen noch nicht genügend. Er hält zwar eine Senkung der Lebenshaltungskosten für dringend erforderlich, sagt aber nicht, wie dies geschehen soll. Da verstummt die Weisheit der Wirtschaftsführer. Um so besser glauben sie Bescheid zu wissen, wie man die Lebenshaltungskosten von der Lohnseite her senken könne. Rosterg schreibt: „Es muß die Produktion erheblich verbilligt und andere Warenpreise müssen bedeutend gesenkt werden. Hierzu ist notwendig, daß die Einkommen jedes Staatsbürgers nach und nach im Tempo der Preisermäßigung für Waren und der Produktionssteigerung bis zu 40% gesenkt werden. Die gesamte deutsche Wirtschaft muß sofort von allen Fesseln befreit werden. Alle Tarifverträge und sonstigen, die Produktion hemmenden Einrichtungen müssen beseitigt werden!“ Das ist der westfälische Schwerindustrielle wie er leibt und lebt! Alle Tarifverträge beseitigen, aber die Kartelle, die ihm und den Industriellern den Profit sichern, die sollen allerhöchstens „gelockert“ werden. Rosterg weiß sogar, daß Deutschland nicht länger an der Spitze der Teuerungsländer marschieren darf. Aber er macht keine Vorschläge, wie dies geändert werden soll. Die Senkung des Einkommens jedes Menschen um 40% würde bedeuten, daß der Durchschnittslohn eines Facharbeiters in Deutschland, der im Oktober 1932: 80,6 M , im Jahre 1930: 111,6 M betrug, auf 48,4 M gedrückt würde, und der des Hilfsarbeiters von 63,1 im Durchschnitt auf 37,9 M . Damit würde der deutsche Arbeiter in Wettbewerb mit dem ostasiatischen Kuli treten. Industrielle sowohl als Agrarier können eben den Hals nicht voll genug bekommen. Dabei reden sie von „Volksgemeinschaft“ und „Nation“, alles Begriffe, die

im „Munde dieser Leute jedesmal eine einzige grobe Heuchelei sind.

Was wir gegen den Gereke-Plan zu sagen haben, haben wir in Nr. 1 gesagt. Der Plan hat eine durchaus privatwirtschaftliche Grundlage. Immerhin, da die gemeinwirtschaftlichen Kräfte nicht stark genug sind, sich durchzusetzen, würde es jeder begrüßen, wenn der Plan Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt schafft. Aber nach dem Willen der Wirtschaftsführer sollen auch alle Arbeitsbeschaffungspläne zuallererst dem Profit dienen. Versprechen die Pläne nicht eine genügend hohe Profitrate, so wird Sturm dagegen geblasen, selbst gegen den Gereke-Plan, obwohl er schließlich dem Ziel dienen soll, die Privatwirtschaft anzukurbeln.

Kurz sei noch gezeigt, was der Landbund will. Trotzdem die Landbund-Politik bankrott gemacht hat, hält er an seinen alten Zielen fest und fügt neue hinzu. Das Hochhalten der Getreidepreise führte zu einer Steigerung der Erzeugung, so daß im vorigen Jahre die Getreideernte höher war als 1931. Ernte und Einfuhrüberschuss zusammengenommen. Die Roggen- und Weizenpreise liegen zur Zeit 35 M je Tonne unter dem Preis vom Januar 1932. Durch Zölle ist keine Preiserhöhung mehr möglich. Alle Bemühungen, das Futtergetreide zu verknappen, um auf diese Weise ein Wiederanstehen der Brotgetreidepreise zu erzwingen, war umsonst. Es wurde lediglich erreicht, daß Futtergetreide heute vielfach teurer ist als Brotgetreide. Gerste liegt heute um 10 M über den Vorjahrespreis und der Monopolvertrag für Mais ist von 165 auf 195 M erhöht worden, so daß Mais teurer als Weizen ist und als Viehfutter nicht mehr verwendet werden kann. Durch die Erhöhung des Eierzolls von 5 auf 110 M will der Landbund die Geflügelwirtschaft retten. Ein Ei würde allein um 6 S verteuert werden! Wer dann noch Eier kaufen soll, ist ein Geheimnis des Landbundes. Die Fettmonopolverträge waren ebenfalls ein Versager. Wie hier, so auch auf allen anderen Teilgebieten dieser Agrarpolitik.

Bei seiner Regierungserklärung hat Herr von Schleicher davon gesprochen, daß er den Wirtschaftsminister und den Reichsernährungsminister in ein Konklave gesperrt habe, damit sie sich dort gründlich über die gegensätzlich gerichteten Interessen der Industrie und der Landwirtschaft aussprechen und sich einigen können. Wer diese Interessentengruppen kennt, der weiß, daß hier eine Einigung nicht möglich ist. Auf beiden Seiten sind ewig Unstimmigkeiten; stets besorgt um ihre dreimal heiligen Profite; stets besorgt um ihre Profitgegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft auf Kosten des werktätigen Volkes überlebt; auch nicht mit Steuergutscheinen. Zu einer wahren Wirtschaftspolitik kommt man nur, wenn man auf die „Mitarbeit“ der Junker verzichtet. Mit den Industriellen, besonders mit den Schwerindustriellen, müßte ähnlich verfahren werden. Das ist die Lehre, die man ziehen muß.

Alle Werktätigen müssen die Organisationen der Gemeinwirtschaft, sowie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie stärken. Jeder hinein in diese Verbände, der noch in ihren Reihen fehlt!

Parole: Strammstehn!

Wie sehr, immer mehr der militaristische Gedanke, getarnt durch „Berufsethik“, beim freiwilligen Arbeitsdienst überwiegt, das zeigte ein klein wenig schon die Verordnung der Reichsregierung, die die offenen Arbeitslager einschränkt wissen will zugunsten der geschlossenen. Diese sollen mehr als bisher gefördert werden. Es ist auch kein Zufall, daß vor einigen Wochen die allgemeinen Förderungsbeträge erheblich gekürzt wurden, um sie dann für die geschlossenen Lager wieder zu erhöhen. Langsam treibt die Entwicklung auf den Weg, den die Militaristen in Litewka und Zivil beschreiten wollen. Arbeitsbeschaffung und Geldverdienen ist für die jungen Leute Nebensache. Hauptsache ist

ihnen die „Wahrhaftmachung“ der Jugend, d. h. das, was sie darunter verstehen. In den Lagern der „nationalen“ Organisationen paßt man sich selbstverständlich diesen Wünschen an. Der Ton, der in den „nationalen“ Arbeitslagern angeschlagen wird, erinnert an den Kasernenhof der Vorkriegszeit. Alles Leugnen kann nicht darüber hinwegtäuschen — der „Geist“ eines solchen Lagers zeigt es ja —, daß militärisches Spiel das vorherrschende Merkmal dieses Arbeitsdienstes ist und sein soll. Disziplin wird mit Kadavergehorsam verwechselt, und diesem folgt die ganze Skala militärischer Dienstausübung. Alle schwärmerischen Ergüsse über „segenreiche Einrichtung“, über „Kameradschaftsgeist“ über „Volksgemeinschaft zwischen Akademikern und Arbeitern“ können über den Charakter des FAD, soweit es sich um Lager „nationaler“ Organisationen handelt, nicht hinwegtäuschen.

Wir haben solche Lager besichtigt. Wir waren in Stahlhelmlagern und in solchen der dem Stahlhelm Geistesverwandten. Alles ist auf militärische Umgangsformen eingestellt. Feldgraue Uniformen überall. Und wo Uniformen getragen werden, müssen „selbstverständlich“ auch „Chargen“ ihr Unwesen treiben. Da ist zunächst der „Trupp“, die Masse, die Landsler, die kommandiert werden müssen. Dann kommt der „Vormann“, der etwa den Rang eines Gefreiten hat. Nach ihm kommt der „Truppführer“, der die Tressen des Unteroffiziers trägt. Der „Ober-Truppführer“ hat den Rang eines Vize-Feldwebels. Nach ihm kommt der „Feldmeister“, der gewöhnlich ein Forstbeamter oder ein Geometer ist und im Range eines Feldwebels steht. Nichts ist vergessen worden; die „Mutter der Kompagnie“ ist in dem Verwalter vertreten, der „Leiter“ ist der Hauptmann, der dem Ganzen vorsteht. Die Chargen sind erkenntlich an der Kokarde oder an schwarzen Spiegeln auf dem Kragen. Sie dürfen nur mit ihrer Charge und in strammer Haltung angesprochen werden. Daß das „Grüßen“ ebenfalls nicht vergessen werden darf, ist nach dem bisher Gesagten selbstverständlich. — Das Innenleben des Lagers ähnelt dem Kasernenleben der Vorkriegszeit. Morgens brüllt der Truppführer „Aufstehn!“ — „Kaffee holen!“, und der Stubenälteste meldet in strammer Haltung die Zahl der Stubeninsassen. Der Leiter begrüßt die Angetretenen mit „Mor'n Leute“. Und wenn es beim An-, Ab- und Wegtreten nicht klappert, so wird das eben so lange wiederholt, „bis es klappert“. Ganz wie zu Wilhelms Zeiten!

Das ist das Bild eines geschlossenen Lagers irgendwo und überall in Deutschland. Wo es in einem geschlossenen Lager nicht kommikiöppig zugeht, handelt es sich um ein solches des Reichsbanners oder des Sozialen Dienstes. Hier herrscht ein freier demokratischer Geist. Kein Wunder, daß Stahlhelm-Arbeitsdienstler sich aus ihrem Lager fortsehen. — Aber die Mehrzahl aller Arbeitsdienstlager, alle unter nationalistischer Leitung atmen schon heute den Geist des wilhelminischen preußischen Kommiss. Er ist Richtung und Ziel des offiziellen FAD. Die Regierung hat den Boden für diese Dinge vorbereitet, die nationalen Organisationen nehmen mit Freude die Gelegenheit beim Schopfe. Insbesondere werden es die Nazis sein. Sie müssen ihre enttäuschten SA-Jünger unterzubringen versuchen. In einem Lager wimmelte es schon von SA-Leuten, denen man eine Stelle in der „Arbeitsarmee“ des „Dritten Reiches“ versprochen hatte. Aber die Aussichten auf dies Reich sind sehr gering geworden. Also rin in den FAD! In jenem Lager befanden sich auch von Hitlers „rauhem Kämpfern“ einige, die nicht dem Arbeitsamt gemeldet, sondern freiwillig im Lager untergekommen waren. Von wem sie unterhalten werden, konnte nicht festgestellt werden.

Eine Folgeerscheinung der „nationalen“ Lager ist, daß Kriecher- und Strebertum in Blüte kommen. Die Sucht nach Trassen und Litzen wird gefördert und als erstrebenswertes Ziel hingestellt.

Das volkswirtschaftlich Wertvolle, das eine der Voraussetzungen für Maßnahmen des FAD, sein soll, rückt immer mehr in den Hintergrund. Und zur gleichen Zeit, wo der Arbeitsdienst propagiert und gefördert wird, greifen dieselben Leute rücksichtslos die sozialen Rechte der Arbeiterschaft an. Mit Uniformen und Strammstehen soll das Volk über seine wirkliche Lage gewaltsam hinweggetäuscht und die Jugend ihrer Klasse entfremdet werden. Das aber wird nicht gelingen!

Hat das Baugewerbe eine Zukunft?

Der Kollege Wolfgang Pardow hat uns einen Aufsatz zugesandt, der eine kühne Zukunftsperspektive enthält. Das von ihm angestrebte Ziel ist der Sozialismus. Auch wir sehen in ihm gleich dem Kollegen Pardow die Rettung der Menschheit aus Not und Elend. Doch geben wir nunmehr in kurz gedrängten Sätzen unserm Kollegen das Wort.

Die Zeiten sind trübe. Verursacht sind sie durch das privatkapitalistische Wirtschaftssystem. Unsere Erde bietet Reichtümer in Hülle und Fülle. Wenn Not und Elend vorhanden sind, so trägt die Schuld daran das System, unter dem vor allem die Arbeiterklasse zu leiden hat. Da komme ich zu der Frage: Hat das Baugewerbe eine Zukunft? Mein Onkel, einst Architekt und selbständiger Baumeister, heute leider tot, sagte des öfteren, das Baugewerbe habe eine große, unschätzbare Zukunft vor sich. Dadurch angeregt, erlernte ich das Mauerhandwerk. Trotz der großen Trostlosigkeit dieser Zeit gebe ich meinem Onkel auch heute noch recht. Meiner festen Überzeugung nach hat das Baugewerbe tatsächlich eine ungeahnte Zukunft. Da ist die Landwirtschaft. Auch dem Landwirt geht es heute nicht gut. Will er eine vereinigen müssen zu gemeinsamer Arbeit. Eine Vereinheitlichung der vielen kleinen Betriebe zu Großbetrieben eröffnete dem Landwirt ungeahnte Erfolgsmöglichkeiten. Der Wohlstand der Landwirtschaft stünde dann außer Frage. Wohlstand jedoch erzeugt Kapitalien. Kapitalien würden dann auch frei zur Schaffung der notwendigen großen Gebäude für die Gemeinwirtschaft auf dem Lande. Also auch dem Baugewerbe würden aus einem solchen Fortschritt große Vorteile erwachsen.

Auch die kleingewerblichen Betriebe dürften nach und nach verschwinden. Schon heute wird der kleine Handwerker vielfach erdrückt von Großbetrieben. Den

Erbitterter Kampf in der Zementindustrie

Die skandalösen Zustände und Vorgänge in der Zementindustrie reifen nicht ab. Jahre hindurch wurde aus den Kreisen der Bauwirtschaft berechtigte Klage über die unverschämte hohen Zementpreise geführt. Bis in die Gegenwart lagen sie weit über dem Durchschnitt der übrigen Baustoffpreise. Ein weiterer Skandal war die sinnlose Verschwendung großer Summen für einen maßlosen Ausbau der Zementindustrie, deren Leistungsfähigkeit niemals mehr als zur Hälfte ausgenutzt werden kann. Dazu kam im verflossenen Jahre der Preiskampf auf dem holländischen Zementmarkt. Die deutsche Zementindustrie lieferte Zement zu halben Inlandpreisen nach Holland. Zur gleichen Zeit boten holländische Zementfirmen als Gegenmaßnahme „holländischen“ Zement (es soll sich dabei um den billigen deutschen Ausführezement handeln, der nur umdeklariert wurde) in verschiedenen westdeutschen Städten weit unter deutschen Inlandpreisen an. Diese tollen Zustände sind bis heute noch nicht beseitigt.

Nun kommt neuerdings der Kampf gegen die Außenseiter in der Zementindustrie hinzu. Im Bereich des Westdeutschen Zementverbandes waren die Außenseiter besonders stark. Auch während der Krisenjahre hatten sie verhältnismäßig guten Absatz, da sie billiger als zu Kartellpreisen verkauften und sich an die übrigen Kartellbedingungen nicht kehrten. Die Verbandswerke gerieten dadurch ins Hintertreffen, da ihnen die Absatzmöglichkeit stark geschmälert wurde und die noch vorhandene Nachfrage nur geringfügige Aufträge für sie übrig ließ. Alle Versuche, die Außenseiter zum Ansdluß an den Verband zu bewegen, schlugen fehl. Dem Wunsch, die Außenseiterfrage durch staatlichen Eingriff zu lösen, kam das Reichswirtschaftsministerium bisher nicht nach.

Nunmehr hat der Westdeutsche Zementverband schwerstes Geschütz gegen die Außenseiter auf-

gefahren. Am 10. Januar wurden Kampfpreise beschlossen, die die bisherigen Preise um 25% unter-schreiten. Die übrigen Zementverbände haben ihre Unterstützung zugesagt. Ob diese Kampfmaßnahmen zu dem gewünschten Ziel führen, läßt abzuwarten. Den stärkeren Kapitalrückhalt und damit die günstigeren Chancen besitzen zweifellos die Zementverbände, obwohl auch die Außenseiter infolge ihres bisherigen guten Geschäftsganges nicht schlecht fundiert sein dürften; ihre entschieden ablehnende Haltung ist ein Zeichen ihrer Stärke. Für die Kampfaussichten der Verbände kann sich die finanziell bedrohliche Lage einzelner Verbandsmitglieder sehr unangenehm auswirken. Vor allem die Dyckerhoff-Wicking-AG, das weitaus größte westdeutsche Verbandsunternehmen, steht keineswegs festigt da; ein längerer Kampf könnte seine Lage wesentlich verschlechtern.

In der nun folgenden Kampfzeit werden die Zementverbraucher endlich einmal das seltene Glück niedriger Zementpreise genießen können. Dieser Vorteil wird jedoch schnell wieder verschwinden, wenn die Zementherren den Kampf siegreich beenden sollten, was sehr wahrscheinlich ist. Im äußersten Falle rechnen diese Herrschaften immer noch auf Staats-hilfe gegen die Außenseiter. Wir wenden uns ganz entschieden dagegen. Eine Staatshilfe zur Errichtung eines absoluten Zementmonopols ohne staatliches Mitbestimmungsrecht bei der Preisfestsetzung wäre ein unerhörtes Geschenk für die Zementindustrie und eine unerträgliche Belastung für die Bauwirtschaft. In der Zementindustrie herrschen unhaltbare Zustände, die ohne ein scharfes Eingreifen des Staates nicht beseitigt werden können. Darum fordern auch wir den Staatseingriff, aber mit einem anderen Ziel als den Zementherren vorgeschwebt; wir fordern die Verstaatlichung der Zementindustrie!

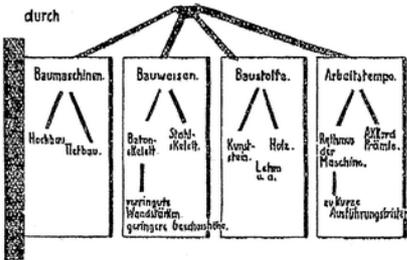
Werbe- und Bildungsarbeit

Bezirksverband Hamburg. In der Zeit vom 23. Oktober bis 11. Dezember wurden in Cuxhaven, Itzehoe, Lübeck, Lüneburg, Neumünster und Uelzen an sieben Sonntagen Funktionärskurse abgehalten. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug 235, die Durchschnittsbesucherzahl jedes Kurses 33 Kollegen. Die Kurse begannen vormittags 10 Uhr und endeten nach 18 Uhr. Behandelt wurden gewerkschaftliche, wirtschaftliche, politische und soziale Fragen. Die Aussprache war lebhaft. Alle waren mit Interesse bei der Sache. Ueberall kam zum Ausdruck, daß die Herausgabe von Unterlagen und Aussprache die erfolgreichste Form der Bildungsarbeit sei. — Wiederholung solcher Kurse wurde als sehr erwünscht bezeichnet.

Saarbrücken. Am 7. und 8. Januar hielten wir einen Wochenendkurs ab, an dem auch Kollegen aus Zweibrücken (Baugewerkschaft Kaiserslautern) teilnahmen. Kollege Horter sprach über Lohn- und Tariffragen, Kollege Philipp behandelte die Bedeutung der Julistatistik und das Baudelegiertenwesen. Darauf sprach Horter über Mitgliederbewegung, Beitragszahlung und Kassenverhältnisse. Zum Schluß wurde die Erwerbslosenfürsorge im Saargebiet behandelt. Die Aussprache war reichhaltig und zeugte von gutem Geiste unserer Funktionäre.

Rationalisierung im Baugewerbe. Diese Lichtbildreihe unseres Bundes vermittelt einen guten Ueberblick über die Auswirkungen der Rationalisierung im Baugewerbe. Wie unsere Abbildung zeigt, sind Baumaschinen, Bauweisen, Baustoffe und Arbeitstempo untersucht worden. Die Ermittlungen der Volks-Berufs- und Betriebsbildung von 1925 und die Feststellungen des Enquete-Ausschusses aus den Jahren 1926/30 wurden

Rationalisierung im Baugewerbe



den der Bearbeitung zugrunde gelegt. Außerdem sind auch die eigenen Feststellungen unseres Bundes mit verarbeitet worden. — Die schweren Auswirkungen der Rationalisierung auf den Arbeitsmarkt sind kaum noch zu bestreiten. Mit Schimpfen oder gar mit Zerschlagung der Maschinen ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Die Bildreihe stellt deshalb nicht nur Tatsachen fest, sie zeigt auch die Wege auf, die zur Abhilfe führen können.

Aus den Baugewerkschaften

Auerbach (Vgl.). (Kommunisten gegen Arbeitsbeschaffung.) Der Oberbürgermeister der Stadt Reichenbach i. V. gab in der Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß die Stadt für Zwecke der Pflasterung ein Darlehen von 177.000 M. aufnehmen könne. 17.000 M. brauchten weder verzinst noch getilgt zu werden, sind also gewissermaßen vorläufiger Zuschuß. Die Anleihe schafft 7800 Tagewerke Arbeit und ist für die Zeit vom 1. April 1934 bis 1. April 1939 völlig zinslos. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit wäre es zu begrüßen, wenn das Kollegium die Aufnahme der Anleihe beschließen würde. — In der Aussprache wies der Naziredner unter großer Heiterkeit darauf hin, daß seine Fraktion gegen jede Anleiheaufnahme sei. Sie stehe „derartigen kapitalistischen Machinationen“ sehr kritisch gegenüber. Hier aber werde sie ausnahmsweise zustimmen, weil Arbeitsmöglichkeit geschaffen werde. Der kommunistische Redner beantragte, die durch die Anleihe geschaffene Arbeit in städtischer Regie durchzuführen (was nach den Aufnahmebedingungen unmöglich ist) sowie die Verzinsung der Anleihe durch Sonderbesteuerung der Einkommen über 10.000 M. zu decken. — Die Abstimmung ergab Ablehnung des kommunistischen Zusatzantrages; die Sonderbesteuerung wurde abgelehnt, weil sie ein jahrelanges Verwaltungsstreitverfahren hervorrufen würde und mittlerweile anderswo die Anleihe in Arbeit umgesetzt worden wäre. Als „Clou von's Janze“ stimmte darauf die KPD, als einzige Fraktion gegen die Aufnahme eines Darlehens zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung! Die baugewerblichen Organisationen werden sich mit diesem „revolutionären“ Schildbürgerstreich der KPD, beschäftigen. Für eine solche „Arbeitsbeschaffung“ durch die KPD, haben die Bauarbeiter kein Verständnis.

Landsberg (Warthe). (August Eltze †). Im Alter von 50 Jahren verstarb an einer schweren Blinddarmentzündung unser Kollege August Eltze. Unser leider zu früh verstorbener Freund stand in der Arbeiterbewegung stets an vorderster Stelle. Nachdem er nach Beendigung seiner Wanderschaft eine Zeitlang in Berlin gearbeitet hatte, ging er nach Kriegsendigung nach Landsberg (Warthe) und war hier mehrere Jahre Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes; zugleich war er auch Vorsitzender des Ortsausschusses Landsberg. In der 1920 gegründeten Bau- und Betriebsgenossenschaft war er längere Jahre als Maurerpolier tätig. Als dann diese Genossenschaft in eine GmbH. umgestellt wurde, wurde August Eltze Geschäftsführer der neugegründeten Bauhütte. Hier leistete er besonders an dem Gebiete des Wohnungsbau und der Siedlungsarbeit geradezu Vorbildliches. Außerdem war der Verstorbene neben seiner gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit als Stadtrat auch kommunalpolitisch tätig. Unsere Organisation, die Stadt Landsberg und die Bauhüttenbewegung verlieren in August Eltze viel. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten und in seinem Sinne weiterwirken!

Minden. (Fritz Schwiwer gestorben.) Am 10. Januar verschied an den Folgen eines vor einem

halben Jahre erlittenen Schlaganfalles der langjährige Geschäftsführer und Vorsitzende unserer Baugewerkschaft, Kollege Fritz Schwiwer. — 34 Jahre war Fritz Schwiwer unser Mitglied; immer stand er in vorderster Linie, 1911 wurde er zum Geschäftsführer gewählt, ein Amt, das er stets gewissenhaft ausübte. Hiervon zeugt der Aufschwung unserer Baugewerkschaft, Fritz Schwiwer war Mitglied des Kreisausschusses und in seinem Wohnort Todtenhausen Gemeindevorsteher. — Die Bauhütte und die Gemeinnützige Baugenossenschaft sind das Werk unseres jetzt toten Kämpfers. In der SPD, war er Mitglied der Unterbezirksleitung; in zahlreichen Wahlkämpfen verkündete er das Evangelium des Sozialismus. Der Schlaganfall riß ihn mitten aus der ihm so lieb gewordenen Tätigkeit. Aber den Mut hatte er trotzdem nicht sinken lassen. Bis zur letzten Stunde diente er mit seinem unschätzbaren Rat unserem Bund. — Nun weiß unser Fritz nicht mehr unter den Lebenden. Wir verlieren in ihm einen treuen, aufrechten und unerschrockenen Kollegen. Sein Andenken lebt bei allen fort, die ihn kannten. Wir werden sein Andenken stets ehren!

Politische Zeitnotizen

Hitlers Glück und Ende. Der „Deutsche Volkswirt“ befaßt sich in der Nummer 1213 in einem Aufsatz auch mit „Hitlers Glück und Ende“. „Das Hitlerium stirbt an seinem eigenen Lebensgesetz. Denn dieser Hitler mit seinem ganzen Stab ohne eine einzige Ausnahme ist die Verkörperung all dessen, was im deutschen Volk an Minderwertigem, an Ungeist und Unmoral lebendig ist. Nur ein Narr wird leugnen, daß in dem Millionenanhänger, den eine nach ausländischem Muster kopierte Propaganda anziehen konnte, auch viel echter Idealismus, Opfermut und Reinheit des Willens wirksam sind, so viel und so wenig wie in der Gefolgschaft aller anderen deutschen Parteien auch. Es gehörte schon die ganze Charakterlosigkeit, deren eine bestimmte bürgerliche Intelligenzschicht in Deutschland fähig ist, dazu, dem Anhang des siegreichen Hitler, dem man noch zwei Jahre vorher nicht die Tür zu einem gut möblierten Salon geöffnet hätte, die Adelsprädiatke vorzubehalten, die man bestimmt den gewerkschaftlich organisierten Massen der Sozialdemokratie oder den Opferarten kommunistischer Prägung verweigern würde. Von dem Heldentum, das sich täglich in tausend Solidaritätstakten des Proletariats abspielt, hat eine Bürgerschaft kein Kenntnis genommen, die auf einmal einen zügellosen Demagogentyp als Verkörperung der aufbauwilligen Kräfte der Nation umhüllte. — So ist es! Ein reaktionäres Bürgertum finanziert und ein blödgewordenes heroisiert einen Charlatan und Mörderkumpen.“

Geringschätzung kampflöser Erfolge. Im Laufe der Nachkriegszeit hat man in der Arbeiterbewegung oft erleben müssen, daß Erfolge, die nicht das Ergebnis persönlichen harten Bemühens waren, sehr gering schätzig beurteilt wurden. Während in der Vorkriegszeit im gewerkschaftlichen Kampf errungene, auch kleinste Erfolge freudig anerkannt wurden, nahmen weite Kreise der Arbeiterschaft nach dem staatlichen Umschwung 1918 selbst die bedeutungsvollsten Errungenschaften mit recht wegwerfenden

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Der „glückliche“ Gewinner

Von P. E. Riedel.

Herr Franz Lustig hatte bei irgendeinem Preisausschreiben 5 deutsche Reichsmark gewonnen. „100 Trostpreise à 5 M.“ hatte es zu geben, und obwohl Herr Lustig wochenlang auf den Hauptgewinn gehofft hatte, war er doch zuletzt in seiner Bescheidenheit froh, wenigstens „Trostpreisträger zu 5 M.“ anstatt ganz leer auszugehen zu sein. An dem Tage, an dem ihm der Geldbriefträger den Trostpreis in Gestalt eines nagelneuen Fünfmarkstückes überbrachte, beschloß Herr Lustig, in Anbetracht des Festtages sich mal einen vergnügten Tag zu machen.

Er zog sich also sonntäglich an und ging in das Zentrum der Stadt. Und als er so gegen 2 Uhr früh seinen heimathlichen Penaten zuströbte, da war er in sorglosester, angeheiteter Stimmung. „Schön ist das Leben“, sang er in den höchsten Tönen und scherte sich nicht darum, daß die Leute stehenblieben und über ihn lachten. „Schön ist das Leben, wenn...“

„Halt! Wie heißen Sie?“ Die Hand eines Schuppos legte sich schwer auf seine Schulter. Und er wird notiert wegen Ruhestörung. Als er am Bahnhof vorbeikommt, fällt ihm ein, daß seine Frau ihm ja einen Brief mitgegeben hat, den er in den Kasten werfen soll. Er greift in die Tasche, ja — da ist er noch. Halt, erst eine Marke aufkleben. Da ist ja auch ein Briefmarkenautomat. Er wirft das erforderliche Geldstück ein, dreht an der Kurbel herum — einmal, zweimal, dreimal — es kommt nichts heraus; er schlägt nochmal, er dreht nochmal, zwanzigmal — er schlägt mit der Faust auf den Automaten ein — ohne Erfolg. Es kommt nichts heraus, weder eine Briefmarke noch das eingeworfene Geld. Herr Lustig bekommt einen roten Kopf. Er faucht den Automaten an: „Mein Geld will ich wieder, raus mit meinem Geld! Geld oder Briefmarke! Oder ich schlag' dich krumm und bucklig!“ Und in seiner Wut schlägt er mit seinem Stock auf den Automaten ein. Leute bleiben stehen und nach einer Weile kommt der Bahnhofspfortner, packt Herrn Lustig beim Kragen und transportiert ihn nicht gerade sanft ins Dienstzimmer. Dort werden seine Personalien aufgenommen und dann meint der Pförtner: „So, jetzt können Sie wieder gehen, das andere kriegen Sie alles schriftlich.“

Und Herr Lustig ging wieder seines Weges.

Als er so gegen 3 Uhr heimgeschwankt kam, da mußte er noch zum guten Beschluß einen donnerähnlichen Krach über sich ergehen lassen, weil er den Brief wieder mit nach Hause brachte.

Nach drei Wochen erhielt er eines Morgens zwei „lebe“ Zuschriften auf einmal. Die eine wegen Ruhestörung (Singen auf der Straße) 20 Mark Geldstrafe.

Die andere von der Reichsbahndirektion: Kosten für Wiederherstellung eines demolierten Automaten 32,50 M.

Da nickte Herr Lustig nicht mehr lustig mit dem Kopf und sagte traurig vor sich hin: „Solch einen vergnügten Tag hab' ich schon lange nicht mehr gehabt!“

Für Klasseneinheit!

Gilt Macht vor Recht,
dann schaffe dir, was gilt
und schlag nicht selber deine Kraft in Stücke!
Ob gut, ob schlecht
mein alter Kämpferschild —
zur Klasseneinheit bau mit mir die Brücke!

Heut büßen wir
zum Teil für uns're Schuld,
weil wir die Kraft im Bruderkampf verschwenden;
und will auch schier
zerreißen die Geduld,
die Macht hat Recht und Freiheit uns gepfändelt!

So lang' der Haß
den Klassenbruder schlägt,
trifft er das Volk und tötet das Vertrauen...
Erkenne das!
Nur wer Vertrauen pflegt,
der findet Grund, auf dem er könnte bauen!

Wo ist der Held,
der ehrlich, ohne Schein
ein Dogma opfert für den Sieg der Klasse?
Blick in die Welt
und schlage mutig ein,
wenn ich nach deinen Bruderhänden fass!

Paul Müller, Neukölln.

Gewerkschafter sein ...

Gewerkschafter sein heißt den Nacken recken, die Fäuste ballen, vorwärts blicken und stark sein.

Wenn das Elend rüttelt und Hunger schmerzt: wir werden nicht weidlich und schlapp. Wir fühlen das Recht, das mit uns geboren und das mächtiger als das Brutale der Wirtschaft ist.

Gewerkschafter sein heißt Bruder sein unter Brüdern. Wie du leiden alle. Keiner ist seines Schicksals gewiß. Jeden such man auszunutzen bis zum äußersten. Und dieses Unrecht am Menschen empört uns Menschen und schweiß uns zusammen zu einer Macht.

Gewerkschafter sein ist heiliger Dienst am Großen des Menschen.

Gewerkschafter sein heißt Gestalter sein an der Zukunft der Freiheit, der brüderlichen Verbundenheit und der innigen Gemeinsamkeit aller Menschen!

Reihe dich ein in die Front!
Kollege, stehe nicht abseits! Sei Kämpfer mit uns!
Die Pflicht fordert es!

Die Arbeitsteilung im Bienenstaat

Nur durch Arbeitsteilung wurde die Entwicklung möglich. Das gilt nicht nur für das menschliche Leben, sondern auch für das Leben in der Natur. Neue Untersuchungen an Bienen zeigen, in wie eigenartiger Weise sich dieses Gesetz der Arbeitsteilung sogar bei einer bestimmten Gruppe von Tieren auswirkt.

Die Arbeiterinnen im Bienenstaat haben nicht nur durch die Art ihrer Lebensentwicklung bestimmte Funktionen auszuüben. Sie haben sogar ihr Leben hindurch verschiedene Arbeiten zu verrichten, von denen nach diesem Gesetz der Arbeitsteilung die eine auf die andere folgt.

Nach einer Arbeit von Dr. Rösch in der Zeitschrift für vergleichende Physiologie übernehmen die Arbeiterinnen im Bienenstaat nach ihrem Ausschlüpfen zunächst die Arbeit des Zellenputzens. Das machen sie aber nur drei Tage. Vom vierten Tage an füttern sie die Larven. Vom 10. bis 13. Tage ist die junge Biene Baubiene. Zuletzt wird sie Sammelbiene, was sie bis zu ihrem Lebensende bleibt.

Damit ist es bei den Bienen nicht wie bei den Menschen, daß verschiedene Gruppen einen bestimmten Beruf lernen und ausüben. Die Biene macht alle Arbeiten mit. Zuerst ist sie Putzer und Reiniger, dann Kinderwärtin, dann Zimmermann und Bauarbeiter und zuletzt Fuhrmann und Transportarbeiter.

Man kann nur in Ehrfurcht vor diesem Harmoniegesetz des Arbeitslebens stehen. Jeder steht an seinem Platze — und alle haben zu tun!

Großbetrieben, die vielfach heute schon eine maßgebende Stellung in der Wirtschaft einnehmen, wird die Zukunft gänzlich gehören. Jedoch auch hier wird die Gemeinschaft die Sinne lenken müssen. Wenn aber die Industrie blüht und gedeiht, dann ergeben sich auch hier Ueberschüsse, die zur Schaffung neuer Betriebe und zur Erneuerung von Städten und zur Neuschaffung und Vervollkommnung von Landstraßen angelegt werden können. In einer industriellen Gemeinwirtschaft größten Stils sind zur Lösung dieses Problems gesunde Wohnungen für die Angestellten und Arbeiter und feste geradlinige Straßen zur Erleichterung des Verkehrs Grundbedingung. Für das Baugewerbe jedoch böten sich — wie schon erwähnt — dann Beschäftigungsmöglichkeiten in Hülle und Fülle.

Diesem Ziele gilt es zuzustreben. Eine Herkulesarbeit ist dazu nötig. Nicht der einzelne, die Gesamtheit des Volkes muß dieses Ziel zu verwirklichen suchen. Deshalb gilt es, den Gemeinschaftssinn zu wecken. Dieser Gedanke ist zwar sozialistisch und wird heute aus falscher Voreingenommenheit noch vielfach verpöht, aber die Notwendigkeit wird den Willen und der Wille die Tat erwecken. Und wenn dann Gemeinschaftsinn die Stunde regiert, dann wird auch keine Arbeitslosen mehr geben. Dann schmiedet Gemeinschaft das Schicksal der Völker und gibt allen Brot, Wohnung, Kleidung und Beschäftigung. Raum für alle hat die Erde! Und sie spendet gern ihre Reichtümer in Überfülle, für die Menschheit bleibt nur übrig, diesen Reichtum so zu verteilen, daß alle Menschen auf Erden bequeme Lebensmöglichkeiten gewährt sind. Das Vorrecht der Einzelnen würde dann allerdings verschwinden, nur das Recht der Gesamtheit gälte.

Das ist das hohe Ziel der Menschheit. Und die Menschheit wird diesen Weg gehen müssen, um das Elend für alle Zeiten aus der Welt zu schaffen. Deshalb verzagt nicht, tragt Steine herbei zum Aufbau einer Volksgemeinschaft, gegründet auf gleichem Menschenrecht, gegründet auf Friede, Glück und Gerechtigkeit!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund

Feststellungsergebnis vom 27. Dezember 1932.

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mittgliederzahl am Wochenschluß	Arbeitslose	
			Anzahl	%
Königsberg	7	11 016	10 085	91,5
Danzig	1	2 967	2 650	89,3
Stettin	61	12 117	10 550	87,1
Breslau	34	28 573	24 556	85,9
Berlin	39	36 531	29 573	81,4
Magdeburg	42	21 198	16 996	80,2
Erfurt	34	15 273	13 957	91,4
Frankfurt	17	24 776	21 846	88,9
Köln	12	12 013	11 074	92,2
Dortmund	12	12 215	11 402	93,3
Hannover	39	22 400	17 711	79,3
Bremen	30	11 711	10 138	86,6
Hamburg	44	23 354	20 285	86,9
Rostock	60	7 464	5 932	79,5
Dresden	31	46 255	39 781	86,0
Nürnberg	29	13 146	10 378	78,9
München	27	8 473	7 409	87,4
Stuttgart	14	7 423	6 547	88,2
Karlsruhe	10	10 178	9 165	90,0
Zusammen	564	326 683	280 036	85,72

Die Arbeitslosigkeit stieg gegenüber dem Vormonat im Reichsdurchschnitt von 81,66% auf 85,72% = 4,06%. In den Bezirksverbänden stieg die Arbeitslosigkeit im Berichtsmonat folgendermaßen: Im Bezirksverband Königsberg um 3,3%, Stettin um 3,8%, Breslau um 5,7%, Berlin um 6,2%, Magdeburg um 2,8%, Erfurt um 6,3%, Frankfurt 3,4%, Köln 1,1%, Rostock 10,4%, Dresden 3,4%, Nürnberg 2,6%, München 7,1%, Stuttgart 3,9%, Karlsruhe 3,7% und Danzig 0,8%. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 89,6% (Vormonat 85,2%), bei den Bauhilfsarbeitern 88,7% (85,6%) und bei den Tiefbauarbeitern 80,2% (74,4%) arbeitslos. Von den Lehrlingen sind 52,5% ohne Arbeit. — Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosigkeit: 1932 = 82,42%, 1931 = 68,06%, 1930 = 47,57%, 1929 = 29,47%, 1928 = 18,90%, 1927 = 18,97%, 1926 = 27,40% und 1925 = 14,13%.

Der Lehrstellenmarkt im Baugewerbe

Die Berufsberatungsstatistik des Deutschen Reiches, vom Reichsarbeitsministerium herausgegeben, ist für die Beurteilung des Lehrstellenmarktes von beachtlicher Bedeutung. Wenn sie auch kein vollständiges Bild gibt, da ja nicht alle Lehrstellenvermittlungen durch die Arbeitsämter gehen, so gewährt sie immerhin aufschlußreichen Einblick in die Entwicklung des Lehrstellenmarktes. Auch das Baugewerbe ist in dieser Statistik vertreten; wie hier in den letzten Jahren das von den Arbeitsämtern vermittelte Lehrlingsgeschäft war, ist für uns nicht unwichtig. Insgesamt waren bei den Arbeitsämtern im Jahre 1931 rund 16 200 Lehrstellen-suchende für das Baugewerbe gemeldet, davon wurden aber nur 6236 in offene Lehrstellen vermittelt. Aus dem Baugewerbe waren den Arbeitsämtern insgesamt 8792 offene Lehrstellen gemeldet. Man sieht, daß die Lehrstellenvermittlung wesentlich hinter der Zahl der Ratsuchenden zurückbleibt. Wesentlich günstiger lagen die Verhältnisse in dem guten Konjunkturjahre 1929. Damals suchten 20 000 Ratsuchende einen Beruf im Baugewerbe zu erlernen, zur Verfügung standen 11 455 offene Stellen, vermittelt wurden 8200. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise hat sich auch der Lehrstellenmarkt im Baugewerbe erheblich vermindert. Auf die uns interessierenden Berufe entfallen in den beiden Jahren 1931 und 1929:

	Lehrstellen-suchende		Offene Stellen		Vermittelte	
	1931	1929	1931	1929	1931	1929
Maurer	5348	7450	1138	1874	959	1551
Glaser	368	417	666	789	349	424
Dachdecker	472	543	326	358	225	232
Töpfer	425	684	346	427	198	270
Stukkateure	318	482	76	125	47	89
Betonfacharbeiter	71	87	42	84	31	50
Sonstige Berufe	317	289	98	80	72	70

Am stärksten ist das Mißverhältnis der Lehrstellen-suchenden zu den offenen Stellen und Vermittelten bei den Maurern. Dies ist ein Zeichen dafür, daß der Andrang zum Maurerberuf noch immer verhältnismäßig groß ist, obwohl nur geringe Aussichten auf eine Lehrstelle und später auf Weiterbeschäftigung bestehen. Es kann nicht eindringlich genug vor einem übergroßen Andrang gewarnt werden.

Die Statistik enthält auch Angaben über die Schulbildung der Lehrstellensuchenden. Danach hatten von den Maurern 451 eine mittlere und höhere Schulbildung, von den Glasern 8, von den Dachdeckern 11, von den Töpfern 9, von den Stukkateuren 3 und von den Betonfacharbeitern 19. Von der Gesamtzahl der Lehrstellensuchenden im Baugewerbe hatten 969 eine mittlere und höhere Schulbildung gegen 901 im Jahre 1929. Wir können demnach feststellen, daß 1931 bei



Und wieder fanden sich beide, Und weinten vor Schmerz und vor Freude!

einer erheblich niedrigeren Zahl von Stellensuchenden mehr mit höherer Schulbildung vorhanden waren als 1929. Unter den Maurerlehrlingen befanden sich 1931 20 mit Abitur gegen 7 im Jahre 1929. Das könnte für die Güte des Maurerhandwerks als schmeichelhaft gewertet werden, aber jedenfalls sind das „Lehrlinge“, die die Lehre als ein notwendiges Durchgangsstadium zum Architekterberuf mit in Kauf nehmen müßten.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen untertariflicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wiebersick, in Wilster das Baugeschäft Johannes Sievers. Gewarnt wird vor dem Unternehmer Schütt aus Oberndorf (Unter-Elbe) wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Berlin-Oberschöneweide die Firma Witt und in Liegnitz das Ofengeschäft Hermann.

Unsere Lohnbewegungen. Nachstehend sei kurz eine Übersicht gegeben über den Stand der Lohnbewegung in unseren Bezirken. In dem übergroßen Teil der Lohn- und Tarifgebiete Deutschlands besteht bis zum Ablauf der Bezirksverträge ein Abkommen, so daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse als geregelt angesehen werden können. Neben kleineren Gebieten aber sind die Gebiete Ostpreußen, Nieder- und Mittelschlesien, Sachsen-Anhalt, Nordwestdeutschland, Braunschweig, Westdeutschland und die Pfalz zur Zeit ohne tarifliche Bindung der Löhne. Für das Gebiet Sachsen-Anhalt wird etappenweise verhandelt. Bis zum Ablauf der Verhandlungen werden die alten Löhne weitergezahlt. Für das Gebiet Unterweser-Ems sind zwar von einem Teil der Unternehmer die Löhne gekündigt worden, die Allgemeinverbindlichkeit jedoch besteht weiter, so daß auch die Löhne als tarifliche Löhne weiter zu gelten haben. Trotz dieses klaren rechtlichen Sachverhalts haben jedoch in einigen Orten die Unternehmer, voran die Nazi-Unternehmer in Oldenburg, für nötig befunden, Lohnabzüge bis zu 25% vorzunehmen. Bei den Nazi-Unternehmern ist man ein solches Vorgehen allerdings gewohnt. Jedoch sollten die dem Nazireserventenhaufen nicht angehörenden Unternehmer für die tatsächlichen Verhältnisse mehr Verständnis aufbringen. Nach uns zugegangenen Mitteilungen sind in diesen Fällen die Innungen in diesen Lohnkämpfen eine auch für die Unternehmer unheilvolle Tätigkeit aus, sie beweisen damit daß ihnen in jedem Falle an einer Verschärfung und Vermehrung der Konfliktstoffe gelegen ist. Jedoch haben die im Baugewerksbund und den übrigen

Zugluft

In offenen Baustellen brachte für manchen Bauarbeiter Krankheit, Stetium und Tod! Verlangt die Abdichtung der Fenster und Türen auf Baustellen im Winterhalbjahr!

Gewerkschaften organisierten Bauarbeiter bisher alle Angriffe auf den Lohn zurückschlagen können. Als typisch für die Kämpfe im Baugewerbe wäre als jüngste Begebenheit der Konflikt in Bad Harzburg zu nennen, wo nach einer eintägigen Arbeitslosigkeit die Unternehmer die alten Bedingungen anerkannt haben. Auch in diesem Fall hatte die Innung, deren Mehrheit aus Unternehmern besteht, die zur Zeit keine Arbeit haben, beschlossen, den Stundenlohn von 81 auf 56,3 zu ermäßigen, um den noch Arbeit haben den Unternehmern Schwierigkeiten zu bereiten. Anders kann man diesen Innungsbeschuß nicht auffassen. Vielleicht spricht aus solchen Entscheidungen der Unternehmer in den Innungen ein gewisser Neid. Die Bauarbeiter haben aber keine Ursache, sich solche vollkommen abwegigen Experimente gefallen zu lassen, sie werden sich auch in Zukunft in jedem ähnlichen Fall ihrer Haut zu wehren wissen. Wenn die Unternehmer trotz der Nöte der Zeit noch verneinen, Geld genug zu haben, um durch solche Maßnahmen das bisherige Arbeit für sich selbst zu vertuern, dann sei ihnen dieses Vorgehen aus keinem Fall. Es wird daher gut sein, wenn sich die Unternehmer in den noch Streiffälle aufweisenden Bezirken rechtzeitig zur Vernunft bekennen, um nicht durch Unruhe in ihren Bezirken sich selbst Schaden zuzufügen. Unsere Kollegen haben aus diesen Vorkommnissen in diesen Bezirken gelernt und werden sich nach wie vor nachdrücklich zur Erhaltung des Bestehenden mit allen Mitteln einzusetzen wissen!

Reichstarifverhandlungen. Wegen der Schaffung eines Reichstarifvertrages für die Zeit nach dem 2. März 1933 sollte erstmalig am 12. Januar verhandelt werden. Jedoch kam es dazu noch nicht. Dafür wurde das Verfahren für die zentral und bezirklich zu führenden Lohn- und Tarifvertragsverhandlungen besprochen. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, in der im einzelnen die Voraussetzungen für die notwendigen Verhandlungen niedergelegt sind. Das eine kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die Kollegen im Lande alles daran setzen müssen, um die bisherigen Rechte aus den Lohn- und Arbeitsverträgen voll in Anspruch zu nehmen und die Behauptungen der Unternehmer, daß überwiegend untertarifliche Löhne gezahlt würden, zurückzuweisen. Die Erhaltung des Bestehenden hat die unbedingte Inanspruchnahme aller bisherigen Rechte zur Voraussetzung.

AUS DEM ARBEITSRECHT

Syndikusweisheit

Ein ganz besonders gescheiter Syndikus haust in Chemnitz. Dieser Mann stellte folgende Rechtsgrundsatz bei der Auslegung des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten (§ 4 Ziff. 2a) auf: „Unter Sonntagsarbeit ist nur die nach freiem Ermessen des Unternehmers angeordnete, nicht aber die zwangsläufig am Sonntag zu leistende Arbeit zu verstehen.“ Einer solchen Syndikusweisheit kann natürlich kein Mensch beitreten, selbstverständlich auch kein Arbeitsgericht. Dieser neunmal gescheite Syndikus wird schöne Augen gemacht haben, als ihn das Arbeitsgericht Chemnitz mit seiner Weisheit glatt abfallen ließ und zugunsten des am Bezahlung von 50% Zuschlag für Sonntagsarbeit klagenden Arbeiters entschied. Der Sächsische Arbeitgeber-Verband aber sollte sich seinen Syndikus etwas näher ansehen, um sich und schließlich auch diese Leuchte der Wissenschaft vor Blamagen zu bewahren!

AUS DER SOZIALGESETZGEBUNG

Wartezeit nach § 110b AVAVG. nach Beschäftigung bei Notstandsarbeiten

Arbeitslose, die nach mehr als sechswöchiger Beschäftigung bei Notstandsarbeiten entlassen werden, können erst dann wieder Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung beziehen (falls ihre Ansprüche nicht überhaupt erschöpft sind), wenn sie nach § 110b AVAVG. eine Wartezeit bis zu 21 Tagen durchgemacht haben. Diese Vorschrift nimmt keine Rücksicht darauf, wovon der Arbeitslose während der Wartezeit seinen Lebensunterhalt bestreiten soll. Bei Notstandsarbeiten werden durchschnittlich nur 40 Stunden wöchentlich gearbeitet. Die Entlohnung wird in den seltensten Fällen tariflich geregelt, meist liegt sie 10 bis 30% unter dem Tarifvertrag. Die Folge davon sind Nettowochenlöhne von 10 bis 16 M. Fallen in die Lohnwochen noch Regen- oder sonstige Feiertage, so sind Wochenlöhne von weniger als 10 M. keine Seltenheit. Dadurch erreicht der Verdienst der Notstandsarbeiter in vielen Fällen nicht einmal den sozialrechtlichen Unterstützungsbetrag. Sehr fraglich ist, ob gegenwärtig die Wartezeit überhaupt noch die frühere Bedeutung hat. Sie wurde doch deshalb vorgeschrieben, weil angenommen wurde, daß die Erwerbslosen, die Arbeitsverdienst gehabt haben, über kürzere Zeiten der Arbeitslosigkeit hinwegkommen können, ohne öffentliche Einrichtungen in Anspruch zu nehmen. Die Wartezeit sollte auch ein materielles Druckmittel sein, daß sich der Arbeitslose so bald als möglich wieder um eine Arbeitsstelle bemüht. Diese Hauptgründe für die Einführung der Wartezeit waren schon in normalen Zeiten sehr anfänglich; heute sind sie um so unhaltbarer geworden, je länger die Wirtschaftskrise dauert. Die Wartezeit wird vollends sinnlos für Arbeitern, die wie beispielsweise die bei Notstandsarbeiten beschäftigten, in der Regel nicht mehr verdient haben, als die Unterstützungssätze ausgemacht haben würden. Dringend erforderlich ist also, daß Reichsanstalt und Reichsregierung wenigstens die Wartezeit von Notstandsarbeitern nach ihrer Ueberführung in die Versicherung oder Krisenfürsorge grundlegend ändern. Die Notstandsarbeiter müssen den Kurzarbeitern gleichgestellt werden, etwa entsprechend der Regelung § 110b Abs. 2 Nr. 1 AVAVG. — Der Bundesvorstand hat nach dieser Richtung Schritte unternommen.

Gebärden entgegen. Aus dieser eigentümlichen Einstellung heraus sind nicht wenige Verluste für die Arbeiterbewegung herzuheilen. Auf diesen Umstand macht in der Wochenschrift „Das freie Wort“ ein Arbeiter aus einer Kleinstadt mit treffenden Worten aufmerksam, wenn er schreibt: „Es scheint manchmal so, als seien der deutschen Arbeiterklasse viele Errungenschaften der Revolution zu leicht zugefallen. Was in der Revolution und in der Republik an politischen und wirtschaftlichen Rechten dem Arbeiter zugefallen, war nicht in genügend hartem Kampf ergriffen. Tarife wurden in den Verhandlungszimmern entbehrten. Wo früher Tausende unter ungeheuren Entbehrungen streikten und kämpfen mußten, um Berufung auf die Masse. In den Verhandlungszimmern und Amtsstuben ist gewiß nicht weniger schwer gerungen worden als vor dem Krieg; nur die große Masse hatte damit direkt nichts zu tun. In Streiffragen entschieden die staatlichen Schlichter, und das gewiß nicht immer zungunsten der Arbeitnehmer, wie die Kommunisten in ihren blindwütigen Haß gegen das Schlichtungswesen — jetzt auf einmal verteidigen sie es! — es hinstellen. Beispielslos war das Eingreifen Severings im sogenannten Eisenkampf, nie zuvor in der Weltgeschichte waren kämpfende Arbeiter mit Staatsmitteln unterstützt worden. Das war einmal ein klassischer Beweis dafür, was in einer bürgerlich-demokratischen Republik ein einzelner Mann leisten kann, hinter dem die Masse steht.“

Faschistisches Deutschland. So ist tagtäglich in der KPD-Presse zu lesen. Wir haben keinen Grund, etwa demokratisches Deutschland zu sagen. Aber faschistisches Deutschland? Nein! Oder ist dies Faschismus, fast ungehindert (Verbote werden meistens von der KPD-Redaktionen aus Dummheit oder aus Agitation provoziert) erscheint in Deutschland eine kommunistische Presse. Sie ist — nach der reaktionären „Allgemeinen Deutschen Zeitung“ — ein Teil des Pfahles im Fleische der deutschen Sozialdemokratie. Die Reaktion braucht die Hetzereien der KPD gegen Gewerkschaften, Partei und Genossenschaften. Mit spaltenlangen Artikeln legitimiert die KPD-Presse täglich ihren „Kampf“ gegen Reaktion, Faschismus und Schleicher-Regierung, indem sie auf den ersten Seiten gegen Gewerkschaften und SPD tobt und auf den hinteren Spalten — soweit es nicht überhaupt vergessen wird — den Faschismus „bekämpft“. Sieht Faschismus etwa so aus: Im Saalbau Friedrichshain in Berlin veranstaltete am 10. Januar die KPD eine öffentliche Kundgebung. 400 uniformierte SA-Leute versuchten, in die Versammlung einzudringen, aber die Polizei trieb die Terroristen mit dem Gummiknüttel zurück. Als nationalsozialistische Horden über Kommunisten herfielen, ging die Polizei mit Schusswaffen gegen die Nazis vor und nahm eine Reihe von Hakenkreuzern fest. Die Polizei kämte schließlich die Friedrichshain systematisch ab, nachdem zum Schutze der Kommunisten weitere Verstärkungen auf Lastautos herangebracht worden waren. Die kommunistische Versammlung wurde in voller Ruhe und Ordnung zu Ende geführt. — Tatbestand ist also: Die „faschistische Polizei“ schützt unter Einsetzung ihres Lebens eine kommunistische Versammlung. Die „faschistische Polizei“ des „faschistischen Deutschland“ treibt mit dem Gummiknüttel die Faschisten aus dem kommunistischen Versammlungslokal, worauf die kommunistische Versammlung, geschützt von der „faschistischen Polizei“ im „faschistischen Deutschland“, in voller Ruhe durchgeführt wird. Solchen Schutz, solche Versammlungsfreiheit und solche Rechte genießen in Sowjetrußland, im „Vaterlande aller Arbeiter“, weder die russische Sozialdemokratie, noch der trotzkistische Zweig des Bolschewismus. Versammlungs- und Pressefreiheit sind wohl faschistische Errungenschaften? — Bei der Begriffsdeutung Faschismus, wie sie die KPD beliebt, ist es kein Wunder, wenn die Kommunisten nicht wissen, was in Wahrheit Faschismus ist und daß sie deshalb so manches mitmachen zur Freude der Faschisten, mit besonderer Freude dann, wenn es gegen den „Hauptfeind“ geht, gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Herr, siehe dein Volk an! In Nr. 48 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wurden die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland recht treffend folgendermaßen gekennzeichnet: „Herr des Himmels, siehe dein Volk an, siehe, was es mit seinem Naturecht, seine nationalen und wirtschaftlichen Geschicke selbst zu gestalten, anfangt! So möchte man ausrufen, wenn man den ganzen Jammer des politischen Lebens in Deutschland auf sich wirken läßt. Die sozial schwachen Schichten des Volkes gehen vor die Hunde, es fehlt ihnen der Lebensraum. Sobald sich irgendein Loch zeigt, durch welches hinauskommen wäre aus dem Zustand der Beschäftigungslosigkeit und der Hungersnot, wird es von den Interessentenhäufen gleich wieder verstopft. Und dabei pendeln geistig träge Volksmassen in ihrer Verzweiflung von einem politischen Extrem zum andern. In einem bis zur Ekstase gesteigerten Rausch der Glückseligkeit laufen sie jedem Rattenfänger nach, der es versteht, aus ihrer Not ein politisches Geschäft zu machen.“

Ein Gedenktag. Am 11. Januar jährte sich zum zehntenmal der Tag, daß, nachdem die Reparationskommission „festgestellt“ hatte, Deutschland erfülle nicht seine Verpflichtungen, französische Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Die Bevölkerung eines demokratischen Staates kämpfte mit den gewaltlosen Waffen des passiven Widerstandes gegen Militarismus. Ein Kampf von weltgeschichtlicher Bedeutung begann; er ging verloren, weil er mit durchaus unzulänglichen finanziellen Mitteln und Maßnahmen von der Regierung unter der Kanzlerschaft des inzwischen verstorbenen Generaldirektors der Ilapag, Dr. Cuno, geführt wurde. Die Gewerkschaften standen wie alle Freunde der deutschen Republik im Kampfe gegen die französische Generalität. Tausendfüßig waren die Aktionen, Maßnahmen und Ausweisungen, denen Gewerkschafter aller Richtungen und Sozialdemokraten zum Opfer fielen. — Im Auftrag des ADGB hat Lothar Erdmann 1924 in einem Buche „Die Ge-

werkschaften im Ruhrkampf“ (Verlagsgesellschaft des ADGB, Organisationspreis gebunden 4 Mk., kart. 3 Mk.) den großen Kampf vom Standpunkt der Gewerkschaften festgehalten. Eingehend wird die Entwicklung des Ruhrkampfes geschildert. Dokumentarische Beweisführung und historische Sinndeutung der Ereignisse ergeben miteinander ein plastisch geformtes, lebendig bewegtes Bild des Geschehens jener Tage. Den Gewerkschaften war in diesem Kampf eine eigenartige Aufgabe gestellt. Die Art, wie sie sie erfüllt, wird mit aktenmäßiger Genauigkeit dargestellt; der Geist, aus dem sie an dem Widerstand der gesamten Nation gegen den Einbruch fremder Gewalt teilnahmen, wird lebendig. Durch seine Anlage und seinen Inhalt, durch seine Linienführung der Darstellung ist dies Buch mehr als eine Gelegenheitschrift. Es ist ein Geschichtswerk von hohem Rang, eine Quelle des Studiums, eine unerläßliche Voraussetzung für das Verständnis des Wirkens der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit, namentlich eine Vorbedingung für die Erkenntnis ihrer Stellung zu Staat und Nation. An dieses Geschichtswerk, das für das Studium der Gewerkschaftsbewegung schier unerläßlich ist, sei hiermit ebenfalls erinnert.

Reichsregierung und Reichswirtschaftsrat. Reichskanzler v. Schleicher empfing die Vorsitzenden des Reichswirtschaftsrats Leipart und v. Siemens, die dem Kanzler den Wunsch des RWR vortrugen, bei den gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung fortan in vermehrtem Umfange wieder eingeschaltet zu werden. Seit an Stelle der ordentlichen Gesetzgebung durch das Parlament der Weg der Notverordnungen beschritten würde, haben die Ressortminister nur selten mehr ihre Vorlagen dem RWR zur Begutachtung zugehen lassen. Manche Verordnung würde wahrscheinlich eine andere Fassung erhalten und auch Härten verloren haben, wenn die im RWR vertretenen Sachverständigen der Wirtschaft (Arbeiter und Unternehmer) und der Konsumenten vorher hätten ihr Gutachten abgeben können. — Der Reichskanzler stimmte den Darlegungen der beiden Vorsitzenden im allgemeinen zu und stellte in Aussicht, daß der Wunsch des RWR erfüllt werden wird.

Strafer bei Hindenburg. Der Reichspräsident hatte den Wunsch, „die viel genannte Persönlichkeit des Herrn Gregor Strafer kennenzulernen“. Strafer kam auch, doch hat der Reichspräsident „abgelehnt“, zu dem, was Strafer vorschlug, Stellung zu nehmen und hat auch keinen Wert darauf gelegt, diesen Empfang bekannt werden zu lassen, damit nicht politische Konsequenzen daraus gezogen werden. — Es ist unverkennbar, daß der Empfang Strafers mit Versuchen zusammenhängt, ihn für die Regierung zu interessieren.

Landtagswahlen in Lippe. Der kleinste deutsche Freistaat, Lippe-Deudold, wählte am 15. Januar seinen Landtag. Wochenlang hat die Nazipartei die rund 130 000 Wähler dieses kleinen Landchens mit dem ganzen Troß der in und um Lippe-Deudold herumliegenden SA und SS „bearbeitet“. SA- und SS-Maskeraden ohne Demaskierung, Führerparaden wurden fast täglich inszeniert. Hitler agitierte vom Schloß eines Grafen aus. Jedes Dorf besuchte der Heiland, sollte doch der Nachweis erbracht werden, die NSDAP sei eine politische Partei und habe Anspruch auf die Führung im Reiche. Der Erfolg all dieser Bemühungen? Den Nazis gelang es gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November einen Stimmenzuwachs zu erzielen. Doch reizt ihre jetzige Stimmenzahl nicht an die der Juliwahlen heran. Und die Sozialdemokraten, der Hauptfeind der Faschisten und Kommunisten, haben — inmitten der Angriffe von rechts und links stehend — weit mehr als 10% an Stimmen zugenommen, fast genau soviel gewonnen, wie die Kommunisten verloren. Diese mußten fast ihre ganzen Gewinne vom 6. November wieder hergeben. Hitler, der auszog, den Marxismus zu vernichten, friff die bürgerlichen Parteien. Mit den Resten von diesen macht er dann reaktionäre Regierungen auf. Eine solche Regierung wird nun auch Lippe bekommen. Don Quichotte Hitler hat in Lippe eine Windmühle erobert!

Sonderjustiz-Opfer. Nachdem wir im Leitarsatz der Nr. 49/1932 des „Grundstein“ über „Bundesmitglieder als Opfer der Sonderjustiz“ berichtet haben, sind aus einer Reihe Baugewerkschaften weitere Berichte über Verurteilungen von Bundesmitgliedern zugegangen. Angesichts des Raumangels, besonders aber nachdem wohl alle Verurteilten amnestiert worden sind, müssen wir auf eine weitere Berichterstattung verzichten. Dies um so mehr, als der Zweck, die Justizopfer der Freiheit zurückzugeben, inzwischen erreicht ist.

„Einheitsfront von Nazis bis SPD.“ So faselt die „Rote Fahne“ tagtäglich. Unter Aufwendung von ungeheuren Mengen Druckschwärze sucht sie dies auch an Hand der Wahl des Stadtverordnetenvereins in Zella-Mehlis zu „beweisen“. Von den Stadtverordneten in diesem Ort sind 6 Vertreter der KPD, 2 der SPD, 6 Nazis, ein Bürgerlicher. Bei der Wahl enthielten sich die Sozialdemokraten, weil trotz mehrmaliger Aufforderung die kommunistischen Stadtväter jede Verständigung abgelehnt hatten, der Stimme, wodurch der Nazikandidat mit Hilfe der bürgerlichen Stimme gewählt wurde. Deshalb schreibt nun die „Rote Fahne“ Zeter und Mordio! „Da seht ihr — so brüllt sie — das wahre Gesicht dieser sozialdemokratischen Demagogen!“ Und sie deliriert über eine „staatsrhaltende“ Front von Wels bis Hitler, die sich immer wieder zusammenfinden, wenn es gegen den „einzigsten Todfeind“ des herrschenden Systems gehe. Ja, was haben denn in solchen Fällen schon hundertfach die Kommunisten verbrochen? Haben sie nicht schon unzählige Male die gleiche Taktik wie die SPD, in Zella-Mehlis befolgt, indem sie durch Stimmenthaltung oder dadurch, daß sie auch bei aussichtslosen Stichwahlen für ihren eigenen Kandidaten stimmten, den Nazis zum Siege verholfen? Wir erinnern nur an die Wahlen zum Reichstagspräsidenten und zum Präsidenten des Preussischen Landtags. Aber das ist leninistisch-kommunistische Taktik. Sobald jedoch die Sozial-

demokraten sagen, wenn du meinen Juden immer wieder haust, dann gebe ich auch mal deinem Juden eins auf den Deckel, dann schimpft die „Rote Fahne“ wie ein eifersüchtiger Rohrspatz. Das einzig Gute ist, daß vernünftig denkende Menschen dieses Sudelblatt nicht mehr ernst nehmen ...

Es gibt keine roten Mehrheiten. Bei den letzten Gemeindevahlen in Sachsen ergaben sich wieder in zahlreichen Orten sogenannte rote Mehrheiten, d. h. Gemeindeparramente, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Mehrheit haben. Ueber die Ausnutzung der roten Mehrheiten hat der kommunistische Machthaber in Sachsen, Selbmann, auf dem dritten Bezirksparteitag der KPD, nach dem Bericht der kommunistischen „Arbeiterstimme“ folgende Anweisung erteilt: „Jetzt müssen wir den Arbeitern erklären, rote Mehrheiten gibt es dort, wo die Kommunisten die Mehrheit haben. Die SPD, wird die Frage der Präsidentschaftswahlen stellen. Wir werden in allen Fällen unsere Kandidaten aufstellen. Ich möchte hierbei ausdrücklich betonen: In keinem Fall darf ohne ausdrücklichen Beschluß der Bezirksleitung auch nur ein Gemeindevorsteher seine Stimme einem andern geben als einem Kommunisten.“ — So sieht also die kommunistische Einheitsfront in Wirklichkeit aus! Trotzdem Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Mehrheit haben, werden durch stupide, verantwortungslose Politik der kommunistischen Führer die Gemeinde- und Stadtverordnetenvorsteherposten den Nationalsozialisten ausgeliefert. Das Interesse der Arbeiterwähler zählt bei den kommunistischen Führern überhaupt nicht.

Schmiergelder und finanzielle Schwierigkeiten der Nazipartei. Nach seiner Unterredung mit Baron von Schröder in Köln kam Hitler nach Berlin, um die schon allbekannten enormen Schwierigkeiten, die aus der überaus großen Schuldenlast der Nazipartei erwachsen sind, zu beheben. Besonders schwedische Kapitalisten sollen bereit gewesen sein zu pumpen. Zwar hat Hitler noch direkte Verbindung zum Stahlverein und zu Thiessen und wird besonders von dieser Gruppe der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie finanziell unterstützt. Aber im ganzen fließt die Gelder doch nicht mehr so reichlich wie früher. Da aber derartige Subventionen gewöhnlich über private Bankhäuser geleitet werden, bekommt der Besuch Hitlers im Hause des Barons von Schröder in Köln auch in finanzieller Hinsicht seine Deutung. — Die „Rheinische Zeitung“ teilt noch mit, daß Baron von Schröder von dem Nachfolger Gregor Strafers im Braunen Hause, Ley, nicht weniger als 140 000 M zu erhalten hat. Von diesen 140 000 M sollen 80 000 M durch die Verpfändung einer Leibrente des Prinzen zu Schaumburg-Lippe gesichert sein.

Wochenbericht von Hofe Adolf des Trommlers. Pg. Strafer ist wegen politischer Krankheit abwechselnd nach Bozen, Rom und in die bayrischen Berge „beurlaubt“. Pg. Röhm ist „zur Erholung“ für einige Zeit nach Italien beurlaubt. Pg. Graf Heildorf ist ebenfalls zur Erholung nach Italien beurlaubt. — Der Osaf Hitler selbst wohnte während des lippschen Wahlkampfes beim Grafen Metternich auf dessen Schloß. Der preussische Landtagspräsident Kerri hat es sich inzwischen in der Villa des Barons von Kanne bequem gemacht. In Köln trifft sich Osaf Hitler mit Papen in der Villa des Bankfürsten Baron von Schroeder. — Kommt ganze Gesellschaft nach Berlin, dann können sie doch nicht im „Gasthaus zur Wildsau“ wohnen, um mit Herrn Göring zu reden, sondern sie hungern im feudalen Kaiserhof. In der zweiten Januar-Woche war Osaf Hitler „zu politischen Besprechungen“ — in Wahrheit wegen der Millionenverschuldung der Hitler-Partei — in der Reichshauptstadt und stieg — wie es sich für den „Führer“ einer „Arbeiter“-Partei gehört — im Kaiserhof ab; mit Gefolge. (Kosten für etwa 10 Tage rund 4000 M.) — Die Not der Naziführer ist nicht mehr zu ertragen. Deshalb gehen ihre Rekruten mit den Sammelbüchsen durch die Straßen.

Lohnerhöhungsverbot in Sowjetrußland. Das Arbeitskommissariat der Sowjetunion hat eine Verfügung herausgegeben, nach der in den Sowjetbetrieben eine weitere Erhöhung der Löhne nicht gestattet ist. Die Leiter in Betrieben, die die Löhne ohne Erlaubnis der Sowjetregierung erhöhen, werden wegen Schädigung staatlicher Interessen bestraft. Wie verlaute, hat das Arbeitskommissariat ferner beschlossen, daß weitere Zahlungen in Devisen an Ausländer und Fachleute, die in Rußland tätig sind, unzulässig sein sollen. Es sollen keine neuen Verträge mehr abgeschlossen werden, in denen die Zahlung der Löhne in Devisen vorgesehen ist.

Bei Staub und Hitze,
Schnee und Regen
mit GEG
die Schuhe
pflegen!
GEG-Schuhputz
gut und billig aus Euerem
Konsumverein!

